

Preis: 1 Euro – Solipreis: 2 Euro

BLEIBT „ZU ICH“
SPD... DANN GEHTS LOS
GENERALSTREIK!

Aktionsprogramm
gegen Hartz IV,
Lohnverzicht und
Arbeitsplatzvernichtung

SAV

Sozialistische

Alternative



Aktionsprogramm gegen Hartz IV, Lohnverzicht und Arbeitsplatzvernichtung

Hartz IV ist Enteignung von Beschäftigten und Erwerbslosen

Hartz IV soll die Arbeitslosigkeit bekämpfen, doch wer's glaubt, wird selig. Statt Arbeitsplätzen wird es durch die Einführung von Zwangsdiens-ten und Billigjobs Massenarmut geben. Dadurch sollen die Profite der Konzerne saniert werden.

Einer halben Million Menschen wird ab dem 1. Januar 2005 jegliche Unterstützung gestrichen. 600.000 Langzeitarbeitslose sollen in Ein-Euro-Jobs beschäftigt werden. Menschen, die durch die Profitgier der Konzerne arbeitslos gemacht werden, sind gezwungen, diese Jobs anzunehmen – oder auch Jobs, die bis zu 30 Prozent unter Tariflohn bezahlt werden. Verdient ein Erntehelfer in Brandenburg derzeit pro Stunde 3,58 Euro brutto, können Erwerbslose bald für 2,50 Euro brutto zwangsweise eingesetzt werden.

Hartz IV macht Erwerbslose bettelarm und schafft einen gigantischen Niedriglohn-Sektor. Die Arbeitgeber reiben sich die Hände und werden immer dreister: Forderungen nach 50-Cent-Jobs werden laut.

Angeblich soll uns das Arbeitsplätze bringen, doch nachdem das Hartz-Konzept vor zwei Jahren verkündet und zum Teil schon umgesetzt wurde, sind an jedem einzelnen Tag 460 Arbeitslose neu hinzugekommen und 1.547 sozialversicherungspflichtige Jobs verloren gegangen. Die Personal-Service-Agenturen haben an Stelle der versprochenen 350.000 neuen Stellen im Jahr durch staatlich geförderte Zeitarbeit seither offiziell nur 15.622 Arbeitsplätze gebracht. Auch mit Hilfe der Ich-AG sind statt einer halben Million jährlich gerade 150.000 Existenzgründer gefördert worden – von denen sich die meisten fürchterlich verschulden werden. Es hat sich bestätigt, was die SAV immer erklärt hat: Diese Programme schaffen keine Arbeit.

Eine Zusammenstellung von Artikeln aus der Solidarität Nummer 27 & 28 (AutorInnen: Daniel Behruzi, Sascha Stanicic, Stephan Kimmerle, Gaetan Kayitare, Lucy Redler, Aron Amm). Zusammenstellung: Holger Dröge

Impressum:

herausgegeben von der
Sozialistischen Alternative – SAV, 09/2004

(V.i.S.d.P. Sascha Stanicic, c/o SAV)
Littenstraße 106/107, 10179 Berlin
info@sav-online.de – www.sozialismus.info
Telefon (030) 24 72 38 02 – Fax (030) 24 72 38 04

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Löhne unter Druck

Hartz IV treibt nicht nur Hunderttausende von Erwerbslosen in die Armut. Hartz IV ist die Brechstange, um die Löhne insgesamt anzugreifen. Während die Schröder-Regierung einer halben Million Erwerbslosen jede Unterstützung streicht und die Gesundheitskosten für Otto-Normal-Kranke enorm erhöht, setzen die Arbeitgeber auf Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung. Die öffentlichen Arbeitgeber haben für die Privatwirtschaft den Weg geebnet (in dem die Landesregierungen die Arbeitszeiten der BeamtInnen auf 40 bis 42 Stunden ohne Lohnausgleich verlängert haben). Wenn ver.di nicht endlich mobilisiert, dann werden auch die ArbeiterInnen und Angestellten im gesamten Öffentlichen Dienst bald über 40 Stunden in der Woche arbeiten müssen.

Nachdem die Beschäftigten von DaimlerChrysler und Siemens mit horrenden Kürzungspaketen erpresst wurden, geht Personalchef Hartz jetzt auch bei VW zum Angriff über und fordert die Absenkung der Personalkosten um 30 Prozent.

Profite

Während durch Hartz IV, die Agenda 2010 und Lohnraub Armut für Erwerbslose und Billiglöhne für Beschäftigte geschaffen werden, fahren die Konzerne weiter hohe Profite ein. Bei den dreißig größten börsennotierten deutschen Aktiengesellschaft wird allein dieses Jahr eine Gewinnsteigerung von 54 Prozent erwartet. Doch die Kapitalisten fürchten um ihre zukünftigen Profite. Sie wollen diese auf Kosten der Arbeiterklasse retten. Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage der westdeutschen Arbeiterklasse den Lebensstandard der letzten Jahrzehnte zu garantieren, geschweige denn im Osten irgendetwas aufzubauen. Daher soll unser aller Lebensqualität für die Steigerung der Profite einiger weniger sinken. Das ist der Grund für Hartz IV, Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub.

Gewerkschaftsführungen versagen

Mit den Montagsdemonstrationen hat sich von Unten – ohne die Unterstützung der Gewerkschaftsführungen – eine Bewegung gegen Hartz IV entwickelt. In ihnen drückt sich die enorme Wut der Menschen über die bisherige und geplante Sozialkahlschlagpolitik aus. Vor allem Erwerbslose sind bisher auf die Straße gegangen, doch auch in den Betrieben regte sich Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen.

Es ist ein Skandal, dass die Bundesspitzen der Gewerkschaften noch immer nicht zur Beteiligung an den Montagsdemonstrationen aufrufen, noch immer keinen entschlossenen Widerstand gegen die Angriffe der Arbeitgeber organisieren. Nach dem Einknicken der Gewerkschaften bei Siemens und DaimlerChrysler stehen weitere Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst, bei Volkswagen, Opel,

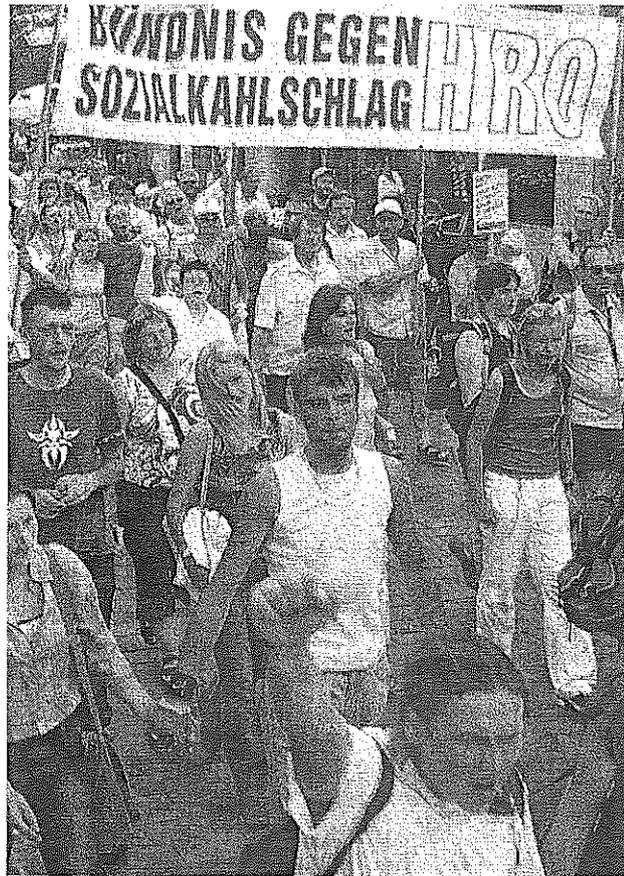
MAN, Karstadt und anderen Betrieben an, ebenso die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst.

Von den Spitzen- (Gehalts-) Funktionären kann man sich nur verraten vorkommen. Sie haben es sich in diesem System bequem gemacht. Also wurde als Schröder die Agenda 2010 ankündigte, kein Widerstand organisiert. Als sich dieser von unten entwickelte, sahen sich die Sommers, Bsirskes und Co. gezwungen, am 3. April zu Großdemonstrationen aufzurufen, auf denen sie gegen die mittlerweile beschlossene Agenda 2010 wetterten – nur um ein paar Wochen später zu der Erkenntnis zu kommen, dass sie nicht mehr gegen schon beschlossene Gesetze mobilisieren werden! Beschlüsse kann man zurücknehmen! Hätten die Gewerkschaften den Kampf gegen Hartz und Agenda frühzeitig aufgenommen, statt sich an Regierungskommissionen zu beteiligen, wären diese nie beschlossen worden!

Was ist zu tun?

Die Montagsdemonstrationen wurden schnell von bürgerlichen Politikern und Medien klein geredet. Um die DemonstrantInnen und potenziellen DemonstrantInnen zu verunsichern wurde behauptet die Demonstrationen seien von Rechtsextremisten dominiert. Von August bis Mitte September wuchsen die Demonstrationen sprunghaft von wenigen hundert TeilnehmerInnen in drei Städten bis auf über 150.000 in über 200 Städten. Mitte September begannen die Demos zu stagnieren. Die Verantwortung dafür tragen vor allem die Gewerkschaftsführer, die nicht zu den Demos mobilisiert haben. Viele TeilnehmerInnen verstehen aber auch, dass wöchentliche Demonstrationen alleine nicht ausreichen, um Hartz IV zu stoppen. Deshalb braucht die Bewegung eine Perspektive. Diese muss darin bestehen mehr ArbeitnehmerInnen zu mobilisieren und eine Steigerung von Widerstandsformen einschließlich Streiks zu erreichen. Dazu sind vielfältige Aktionen möglich: Erwerbslose sollten vor die Arbeitsämter (den „Agenturen für Armut“) gehen und dort weiter für die Demonstrationen werben. Um eine Spaltung zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten der Arbeitsämter zu verhindern, ist es wichtig auch mit den Beschäftigten zu sprechen. Denn für sie bedeutet die Umsetzung von Hartz IV und den anderen „Reformen“ nur schlechtes. Der Arbeitsdruck wird erhöht, die Beschäftigten erhalten Vorgaben, wie viele Arbeitslose sie aus der Statistik kriegen müssen. Tausende KollegInnen – zum Beispiel von der Telekom – wurden zwangsversetzt, um jetzt die reibungslose Umsetzung von Hartz IV zu gewährleisten. Ihnen droht in Zukunft der Verlust ihres Arbeitsplatzes und die Abschiebung in Personalserviceagenturen. Auch mit Ihnen muss gemeinsam der Kampf geführt werden.

Trotzdem können Besetzungen von Arbeitsämtern sinnvolle Aktionen sein, um den Widerstand zu steigern, mehr Erwerbslose direkt einzubeziehen und Aufmerksamkeit zu erregen. Dazu können auch Protestaktionen vor Stadtratssitzungen, auf denen Maßnahmen zur Umsetzung von Hartz IV beschlossen werden, und vor Kundgebungen der etablierten Parteien dienen.



Wie hier in Rostock beteiligen sich Zehntausende an den Montagsdemonstrationen, zuletzt in rund 240 Städten

Den Widerstand in die Betriebe tragen

Die Mobilisierung zu den Montagsdemonstrationen muss in die Betriebe getragen werden. Das ist vor allem die Aufgabe von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, aber auch von Erwerbslosen. Um aber Druck auf die Gewerkschaftsspitzen auszuüben kann es Sinn machen, zum Beispiel Montagsdemonstrationen oder andere Aktionen vor DGB-Häusern durchzuführen und gegen die Passivität der Gewerkschaftsführung zu protestieren. Um KollegInnen direkt zu erreichen können auch Mobilisierungsaktionen vor Betriebstoren durchgeführt werden.

In Betrieben und Gewerkschaften muss organisierter Druck ausgeübt werden. Zum Beispiel können kritische KollegInnen ihre Betriebsräte und Vertrauensleute besuchen und dort einfordern, dass zu den Montagsdemos mobilisiert wird. Anträge sollten in den Betriebsgruppen, den Vertrauensleutestrukturen oder gewerkschaftliche Gremien eingebracht werden, in denen gewerkschaftliche Unterstützung eingefordert werden sollte (Musteranträge sind über die SAV zu erhalten).

In den Betrieben sollte über Hartz IV informiert und zu Protesten mobilisiert werden. Wenn die betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen passiv sind, sollten Kritische KollegInnen sich zusammensetzen und eigenes Informationsmaterial erstellen. Mit Mittagspausenaktionen sollten die KollegInnen in den Betrieben informiert werden, so wie es die KollegInnen der Ostseezeitung in Rostock am 6. September vorgemacht haben. Erwerbslose

Die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“

Am 3. Juli 2004 wurde die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) gegründet. Sie soll die Grundlage darstellen, im Herbst – per Urabstimmung – die Weichen für eine neue Partei zu stellen und stellt damit einen ersten Ansatz für eine neue Interessensvertretung dar.

Mit bisher über 4.000 Mitgliedern und mit Gruppen in über 70 Orten hat in kurzer Zeit eine neue politische Kraft Gestalt angenommen, die den Anspruch erhebt, gegen den neoliberalen Einheitsbrei der etablierten Parteien vorzugehen. Die SAV unterstützt den Aufbau der WASG und setzt sich für eine kämpferische Ausrichtung ein.

Die Gründung war lange überfällig und ein wichtiger Schritt. SPD, Grüne und PDS-Führung haben sich der Durchsetzung einer neuen Qualität von Sozial- und Lohnkürzungen verpflichtet, sprich: sie setzen die kapitalistische Profitlogik konsequent in ihrer Regierungspolitik auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene um.

Eine neue Partei, die Lohnabhängige, Erwerbslose, RentnerInnen und Jugendliche organisiert und vertritt ist dringend nötig. Die SAV tritt dafür ein, dass eine demokratische und kämpferische Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm geschaffen wird.

können helfen Flugblätter vor Betrieben zu verteilen. Beschäftigte sollten gemeinsam mit Schildern und Transparenten zu den Demonstrationen gehen.

Proteste ausweiten

Das kann ein Anfang sein, die KollegInnen zusammenzubringen. Das muss die Grundlage sein, die Proteste zu steigern. Denn um Hartz IV und den weiteren Sozialkahlschlag zu stoppe, ist es notwendig den ökonomischen Druck zu erhöhen, denn die Auftraggeber für Hartz IV und andere Kürzungspolitik sitzen in den Konzernvorständen, also muss der Widerstand diese treffen. Mit Streiks werden die Arbeitgeber da getroffen wo es Ihnen weh tut: Am Profit. Um die ganze Kürzungspolitik zu stoppen, müssen die Bänder bei DaimlerChrysler still stehen, die Züge in den Bahnhöfen bleiben, die Zeitungen nicht erscheinen, sprich das Land zum Stillstand gebracht werden.

Um die Gewerkschaftsspitze zu umfassenden Protest- und Streikmaßnahmen gegen Hartz IV und die anstehenden Angriffe bei zum Beispiel VW, Opel und im öffentlichen Dienst zu zwingen, ist es nötig, auf lokaler und regionaler Ebene Streik- und Protesttage von Beschäftigten und Erwerbslosen zu organisieren. Dass solche örtlichen Streiks möglich sind, haben 2003 die KollegInnen in Kassel und Schweinfurt bewiesen, die zu Tausenden gegen die Agenda 2010 gestreikt haben.

Eintägiger Generalstreik

Es ist notwendig, das Tabu des politischen Streiks in Deutschland zu durchbrechen. Der nächste Schritt muss ein bundesweiter Protest- und Streiktag sein: ein zunächst eintägiger Generalstreik – gemeinsam von Beschäftigten und Erwerbslosen, organisiert durch die Gewerkschaften. Das würde die Schlagkraft der Bewegung enorm erhöhen.

Doch aus Rücksicht auf ihre Parteifreunde in der Regierung nutzen die DGB-Spitzen die Kampfkraft ihrer Organisationen nicht. Diese Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführung zeigte sich auch bei den Angriffen auf die Beschäftigten bei DaimlerChrysler und Siemens.

Die Kampfbereitschaft war riesig: Bei Daimler streikten und protestierten am 15. Juli 60.000 in allen Werken Deutschlands. Doch die Gewerkschaftsführung organisierte keinen ernsthaften Kampf und stimmte einem Kürzungspaket von 500 Millionen Euro zu Lasten der Beschäftigten zu.

Jedes ernsthafte Angebot zu Kämpfen und Mobilisierungen wurde von den Massen angenommen: Die Großdemonstrationen am 1. November 2003 und am 3. April 2004, die Arbeitsniederlegungen gegen die Abschaffung der Tarifautonomie im November und Dezember 2003 oder die massiven Warnstreiks in der IG Metall-Tarifrunde im Frühjahr 2004.

Da die heutige Gewerkschaftsführung Streiks und erst recht einen Generalstreik fürchtet wie der Teufel das Weihwasser, muss der Kampf auch in den Gewerkschaften für einen grundlegenden Kurswechsel aufgenommen werden.

Gewerkschaften zu Kampforganisationen machen

Eine radikale politische und praktische Kehrtwende der Gewerkschaften ist von Nöten. Statt weiterhin auf die Fiktion der „Sozialpartnerschaft“ zu setzen, die von Unternehmerseite längst aufgekündigt wurde, müssen sich die Gewerkschaften wieder als Gegenmacht begreifen. Die Konzerne betreiben knallharte Interessenpolitik gegen die Beschäftigten. Die Gewerkschaften sollten ebenso kompromisslos für Beschäftigteninteressen streiten.

Dazu gehört, dass die Reichen zur Kasse gebeten werden und einen wirklichen Kampf darum geführt wird (zum Beispiel zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer). Weiter müsste eine Vorstellung geschaffen werden, wie zum Beispiel mit einem Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könnte.

Gewerkschaftsopposition aufbauen!

Mit den derzeitigen Spitzen-(Gehalts-)Funktionären wird die notwendige Kehrtwende nicht zu machen sein. Grundlage für die Veränderung der Gewerkschaften ist die Selbstorganisation an der Basis und in den Betrieben. Es gibt viele Gewerkschaftsmitglieder, die die Politik ihrer Führung ablehnen. Diese müssen zusammen gebracht und vernetzt werden. In Betrieben und Gewerkschaften müssen oppositionelle Gruppen gebildet werden, die für ein kämpferisches Programm eintreten. Auf betrieblicher Ebene können alternative Listen zu den offiziellen Gewerkschafts-



„Arbeitgeber suchen Streit – Benz-Arbeiter sind bereit“, trugen die KollegInnen in Mannheim am Daimler-Aktionstag auf einem Transparent. Trotzdem ging die Gewerkschaftsführung der Konfrontation aus dem Weg und stimmte unter anderem auch Arbeitszeitverlängerungen in bestimmten Bereichen zu.

ten bei Betriebs- und Personalratswahlen eine wichtige Rolle beim Aufbau einer solchen Opposition spielen. Eine innergewerkschaftliche Opposition muss handlungs- und kampagnefähig sein - ihre Positionen koordiniert in die Gewerkschaften einbringen, exemplarische Mobilisierungen anstoßen, wo sie dazu die Möglichkeit hat und eine programmatische und personelle Alternative zur jetzigen Gewerkschaftsführung entwickeln. Dies bedeutet zum Beispiel alternative Forderungen in den Tarifverträgen zu entwickeln und dafür in den Gewerkschaften zu kämpfen. Dass könnte aber auch eine Kampagne für die flächendeckende Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sein. Die Unternehmeroffensive zur Arbeitszeitverlängerung bietet die Gelegenheit, das in den letzten Jahren gewerkschaftlich kaum diskutierte Thema der Arbeitszeit wieder zu besetzen. Die Argumente gegen Arbeitszeitverlängerung, die nun offensiv vorgebracht werden müssen, sind ebenso viele Gründe für eine Verkürzung der Arbeitszeiten.

Mit dieser Zielsetzung beteiligt sich die SAV am Aufbau der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, der ver.di-Linken und des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di.

Sind die Gewerkschaften noch zu retten?

Aber sind die Gewerkschaften überhaupt noch zu retten? Kann man sich überhaupt noch gegen die Gewerkschaftsführungen durchsetzen?

Millionen sind in den letzten Jahren aus den Gewerkschaften ausgetreten, weil sie sich durch sie nicht mehr vertreten fühlen.

Soll eine kämpferische Gewerkschaft aufgebaut werden, muss es gelingen, auch diejenigen einzubeziehen, die sich frustriert von den heutigen Gewerkschaften abgewandt haben.

Würde der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften Widerstand organisieren und die Angriffe von Regierung und Arbeitgebern zurückschlagen, würde dies die Unterstützung von Millionen von Beschäftigten und Erwerbslosen bekommen und die Grundlage

dafür sein, dass sie wieder oder erstmals Mitglieder in den Gewerkschaften werden.

Die DGB-Gewerkschaften dienen heute oft genug nicht mehr als Kampfinstrumente für die arbeitende Klasse. Und es ist zu verstehen, dass KollegInnen beginnen sich außerhalb der DGB-Gewerkschaften zu organisieren. Sie sind aber die zur Zeit einzige Massenorganisation in Deutschland, in der – auch gegen den Willen der Führung – die Debatte um eine Strategie zur Verteidigung der Interessen der Beschäftigten und Erwerbslosen geführt werden kann und die, wenn auch begrenzt, Massenmobilisierungen durchführen können, wie die Streiks zur Verteidigung der Tarifautonomie und die Großdemonstrationen von 500.000 am 3. April gezeigt haben.

Deshalb gibt es keine Alternative dazu, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen zu machen. Ein erfolgreicher Kampf kann nur mit den sieben Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, den Millionen Beschäftigten, die Erwartungen in die Gewerkschaften haben, die gewerkschaftlichen Betriebs- und Personalräte und erst recht die Vertrauensleute der DGB-Gewerkschaften geführt werden. Sie sind auch der Schlüssel zur Rückeroberung der Gewerkschaften durch die Arbeiterklasse. Deshalb sollten auch soziale Bewegungen und Erwerbslosengruppen immer versuchen Gewerkschaften und Beschäftigte in Aktionen einzubeziehen. Unzufriedene Kolleginnen und Kollegen werden aber nur dann zur Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. aktiven Mitarbeit zu bewegen sein, wenn eine kämpferische innergewerkschaftliche Opposition dafür ein konkretes Angebot macht und sie nicht den Bürokraten ausgeliefert sind.

Politische Alternative

Die Politik der Gewerkschaftsführungen hat einen Grund: Für sie gibt es keine Alternative zur bestehenden Politik. Die „soziale Marktwirtschaft“ ist ihr Modell, auch wenn diese nicht existiert. Von daher ist der Kampf in den Gewerkschaften, aber auch in der Bewegung gegen Hartz IV, um eine Politik im

Interesse der Beschäftigten und Erwerbslosen nötig.

Denn es reicht nicht aus, nur gegen die Kürzungspolitik zu kämpfen. Politische Alternativen zur etablierten Politik sind notwendig. Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen und Jugendliche haben heute aber keine Partei, die für eine Alternative zur bestehenden Kürzungspolitik eintritt.

Während die PDS zwar an den Demonstrationen gegen Hartz IV teilnimmt, setzt sie in Berlin Hartz IV um und will 50.000 Ein-Euro-Jobs schaffen. Überall, wo sie in der Regierung sitzt, macht sie aktiv Politik gegen Arbeitende und Erwerbslose.

Aber die Arbeiterklasse braucht eine Partei, die den Kampf für politische Alternativen über die Betriebe hinaus führt. Deshalb ist der Aufbau einer neuen kämpferischen Arbeiterpartei dringend nötig. Eine politisch starke Partei mit Massenanhang könnte die Angriffe der Regierung stoppen. Sie könnte erklären, dass das Geld für eine andere Politik im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen da geholt werden muss, wo es ist: Bei den Reichen und Superreichen. Aber die werden nicht freiwillig mehr Steuern zahlen, also muss der Kampf sie aufgenommen werden.



Argumente gegen die Unternehmerpropaganda

„Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze“

Wer glaubt, niedrige Löhne oder längere Arbeitszeiten würden Arbeitsplätze schaffen, der sollte sich mal in Ostdeutschland umsehen: ganze Landstriche mit Arbeitslosigkeit zwischen 20 und 30 Prozent. Er könnte aber auch nach Polen oder China schauen. In Polen liegt die Arbeitslosigkeit bei 19 Prozent. In China boomt zwar noch die industrielle Produktion, aber das bei immer weniger Beschäftigten.

Laut einer Studie von Alliance Capital Management wurden zwischen 1995 und 2001 15 Millionen Industriearbeitsplätze in Chinas Fabriken abgebaut: 60 Prozent der Beschäftigten in der Industrie und 80 Prozent auf dem Bau sind Wanderarbeiter.

Die gleiche Studie betont, dass von 1995 bis 2002 mehr als 31 Millionen Fabrikjobs in den 20 größten Volkswirtschaften der Welt vernichtet wurden.

Das kapitalistische System ist weder in Deutschland, Polen oder China in der Lage, Arbeitsplätze für alle zu schaffen. Dank der Mithilfe der heutigen Gewerkschaftsführung gelingt es den Unternehmern daraus Kapital zu schlagen: Die weltweite Massenarbeitslosigkeit wird benutzt, die ArbeiterInnen aller Länder gegeneinander aufzuhetzen und in einen mörderischen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne zu treiben.

In Deutschland droht die Unternehmenseite mit Verlagerungen nach Polen, Tschechien oder Ungarn. In Tschechien droht man meist mit Verlagerungen nach Rumänien – und in Rumänien mit Abwanderungen in die Ukraine oder nach China...

Eine scheinbar endlose Spirale nach unten. Wenn wir uns auf Lohnraub und längere Arbeitszeiten einlassen, dann können wir nicht auf eine Absicherung unserer Gehälter und Stellen hoffen. Sicher ist dann lediglich der nächste Angriff auf

Löhne und Arbeitsbedingungen.

Schließlich verbessert jedes Einknicken die Position der Unternehmenseite. Jedes Zugeständnis lädt sie dazu ein, neue Forderungen zu erheben und ihre Offensive noch zu verstärken.

„Die Ausweitung der Arbeitszeiten schafft Arbeitsplätze!“

„Um die 1.000 Fahrzeuge herzustellen, die die Firma Bönz jede Woche verkaufen kann, muss sie 80 ArbeiterInnen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden beschäftigen. Wieviele ArbeiterInnen werden nicht mehr benötigt, wenn die Arbeitszeit 40 Wochenstunden beträgt?“ Ganz einfach: zehn Beschäftigte würden ihren Job verlieren. Doch Politiker und „Experten“ wollen uns täglich einreden, solch einfache Mathematik sei in der globalisierten Ökonomie außer Kraft gesetzt.

Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache. Im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs sollen mit der Einführung der 41-Stunden-Woche 17.000 bis 20.000 Arbeitsplätze gestrichen werden.

In der Privatwirtschaft sieht es nicht anders aus: Verschafft sich ein Unternehmen durch Arbeitszeitverlängerung einen Kostenvorteil gegenüber den Mitbewerbern, werden bei diesen Arbeitsplätze vernichtet. Kann das Unternehmen seinen Absatz nicht entsprechend ausweiten, werden bei diesem selbst Arbeitskräfte „freigesetzt“. Gesamtwirtschaftlich können längere Arbeitszeiten ohnehin nur zu wachsender Erwerbslosigkeit führen. Einer Studie der Citigroup zufolge würde eine Verlängerung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 37,8 auf 40,4 Stunden bei gleichem Lohn in den folgenden Jahren fast 800.000 Jobs vernichten.

Im Kapitalismus wird nur die Arbeit „gebraucht“, deren Produkt mit Profit verkauft werden kann – unabhängig davon, welche Arbeit zur Befriedigung der Bedürfnisse tatsächlich notwendig ist. Je

ungleicher die „benötigte“ Arbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte verteilt ist, desto mehr Menschen sind unter- oder gar nicht beschäftigt. Hinzu kommt die permanente Steigerung der Produktivität – durch den Einsatz von Maschinen, verschärfte Arbeitshetze, und so weiter. Da die Produktivitätssteigerung in der Regel deutlich über dem Wirtschaftswachstum liegt, nimmt die Zahl der „nicht benötigten“ Arbeitskräfte tendenziell ständig zu. Eine stetige Verkürzung der Arbeitszeit wäre also allein schon nötig, um die bestehende Beschäftigung zu erhalten.

„Die deutsche Wirtschaft muss im internationalen Wettbewerb bestehen!“

Der Verweis auf die „Wettbewerbsfähigkeit“ ist das beliebteste Argument der Unternehmer, um den Beschäftigten die „Notwendigkeit“ von Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung vorzugaukeln. Mit den Tatsachen hat das indes wenig zu tun. Zehn Prozent der weltweit exportierten Güter kamen 2003 aus Deutschland. Damit liegt die Bundesrepublik an erster Stelle – noch vor den USA. Die Exporte lagen um 90 Milliarden Euro höher als die Importe. Dieser Exportüberschuss bedeutet rein rechnerisch, dass in Deutschland 700.000 Menschen auf Kosten der Beschäftigung im Ausland in Lohn und Brot stehen.

ArbeiterInnen in Deutschland würden zu wenig für zu viel Geld arbeiten, heißt es täglich – nicht nur in der „Bild“. Im internationalen Wettbewerb entscheidend sind aber nicht die Nominallöhne, sondern die Lohnstückkosten, die den Anteil der Lohnkosten an den neu geschaffenen Werten wiedergeben. Diese sind in der Bundesrepublik mittlerweile seit Jahrzehnten niedriger als in allen anderen Industrieländern. Das ist auch der Grund, warum Deutschland seit Jahren Exportweltmeister ist. (Während die Lohnstückkosten in der EU zwischen 1997 und 2001 jährlich im Schnitt um ein Prozent zulegten, erhöhten sie sich in Deutschland gerade mal um 0,5 Prozent (DIW-Wochenbericht 12/03).

Die niedrigen Lohnstückkosten bedeuten auch, dass die Ausbeutung in Deutschland höher ist als in anderen Ländern. Während die lohnabhängig Beschäftigten in der kapitalistischen Wirtschaft generell nur einen Bruchteil der von ihnen geschaffenen Werte in Form von Löhnen und Gehältern zurückbekommen, erhalten die in Deutschland tätigen ArbeiterInnen weniger Lohn für jedes produzierte Auto oder für jede produzierte Waschmaschine als in den Nachbarländern.

Für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften ist es grundsätzlich schädlich, sich auf die Standortlogik – die Stärkung des „eigenen“ Unternehmens in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz – einzulassen. Marktschaffen sie „ihrem“ Unternehmen durch Lohnverzicht oder verlängerte Arbeitszeit einen Wettbewerbsvorteil, werden die Arbeitsplätze der KollegInnen im anderen Werk / Land vernichtet. So wird eine Spirale nach unten in Gang gesetzt, bei der sich die Beschäftigten verschiedener „Standorte“ bei Löhnen, Arbeitszei-



ten und Bedingungen gegenseitig unterbieten – zum Schaden aller ArbeiterInnen und zur Freude der Bosse. Stattdessen gilt es, dieser Spaltung die konkrete Solidarität aller Beschäftigten entgegenzusetzen. Die hiesigen Gewerkschaften könnten eine Menge dafür tun, schlagkräftige Arbeiterorganisationen in Osteuropa, Asien und weltweit aufzubauen. Durch international koordinierte Streiks könnten Unternehmer und multinational agierende Konzerne zur weltweiten Einhaltung von Standards gezwungen werden.

Aber nicht immer ist die Verlagerung eine leere Drohung. Besonders in arbeitsintensiven Bereichen wie der Textilindustrie wird die Produktion schon seit den 70er Jahren in großem Ausmaß in Billiglohnländer verlagert.

Der erste Schritt gegen die Verlagerungsdrohung ist der gemeinsame Kampf von Beschäftigten unterschiedlicher Standorte für höhere Löhne und bessere Arbeitbedingungen. Gewerkschaften sind seit ihrer Gründung dafür da, die Konkurrenz zwischen ArbeiterInnen (das gegeneinander Auspielen) aufzuheben. Gegen die Globalisierung der Unternehmer hilft nur der Internationalismus der Gewerkschaften. Die national bornierte Haltung deutscher Gewerkschaftsführer, die bei der Sicherung „ihres“ Standortes mitmachen, schadet allen ArbeitnehmerInnen.

Das ist nicht so utopisch, wie es scheint. So haben die HafendarbeiterInnen in den letzten Jahren immer wieder internationale Arbeitsniederlegungen organisiert und bestimmte Reeder boykottiert, um damit ihre KollegInnen in anderen Häfen, oder auch die Besatzungen der Schiffe zu unterstützen. Zuletzt protestierten brasilianische Daimler-ArbeiterInnen mit einer Kundgebung gegen den Lohnraub in den hiesigen Werken.



Das Programm der SAV gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnverzicht

Erwerbslose und Beschäftigte brauchen aber auch politische Antworten auf Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverlagerung, Lohnraub und die Krise des kapitalistischen Systems. Wir fordern, dass die Reichen und Superreichen zur Kasse gebeten werden, um Sozialleistungen und ein gutes Gesundheitswesen zu finanzieren. Eine drastische progressive Besteuerung auf Gewinne und Vermögen wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

Wir fordern:

Rücknahme der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl- und der SPD-Grüne-Regierung

Um jeden Arbeitsplatz kämpfen!

Es ist aber nicht nur Hartz IV, das unseren Lebensstandard bedroht. Lohnverlust, Arbeitszeitverlängerung und Betriebsverlagerungen treffen die arbeitenden und erwerbslosen Menschen bundesweit. Dagegen muss energisch der Kampf geführt werden, um ein weitere Verluste von Arbeitsplätzen zu verhindern. Jeder Arbeitsplatz muss verteidigt werden, sonst ist er nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für zukünftige Generationen verloren. Für den Kampf gegen Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung schlägt die SAV vor:

Sobald eine Hiobsbotschaft bekannt wird und Werkschließungen beziehungsweise Verlagerungen drohen, helfen regelmäßig einberufene Betriebsversammlungen, um die Belegschaft über jede Frage zu informieren und in die Diskussionen über das weitere Vorgehen einzubeziehen. Bei der ersten Versammlung sollte ein Aktionskomitee oder gegebenenfalls ein Streikkomitee aus kämpferischen KollegInnen gewählt werden. Kontakt zu AnwohnerInnen in der Nähe des Betriebs sollte aufgenommen werden und der Kampf gemeinsam geführt werden, dies kann über ein Solidaritätskomitee gemacht werden. Wenn solche Vorschläge von der Gewerkschaftsführung nicht aufgegriffen werden, sollten sich die aktiven KollegInnen treffen und eigenes Material erstellen, um die Mehrheit der KollegInnen zu gewinnen.

Eine Belegschaft, die angegriffen wird, sollte Delegationen zu anderen Betrieben in der Stadt und in der Region schicken, um gemeinsame größere Protestaktionen vorzuschlagen. Im Kampf um das Krupp-Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen folgten am 10. Dezember 1987 über 200.000 ArbeiterInnen im Revier dem Aufruf der IG Metall und legten das ganze Ruhrgebiet lahm.

Wir wollen nicht nur wissen, wie voll die Kassen

sind, sondern auch wo die Profite der letzten Jahre hingegangen sind. Dazu müssen die Geschäftsbücher offen gelegt werden. Die Profite müssen für den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingefordert werden.

Wenn ein Werk vor der Schließung steht, dann reichen Demonstrationen nicht aus. Eine Betriebsbesetzung ist die beste Waffe um deutlich zu machen, dass Entlassungen, Schließungen oder Verlagerungen nicht geduldet werden. Die Macht der Unternehmer wird massiv eingeschränkt. Maschinen und Anlagen können nicht sang- und klanglos abtransportiert werden.

Betriebsbesetzungen sind auch das beste Signal, um den Belegschaften anderer Betriebe die eigene Entschlossenheit zu demonstrieren. Auf dieser Basis kann eine erfolgreiche Solidaritätskampagne entwickelt werden. Ist der Betrieb einmal besetzt, dann kann die Diskussion darüber geführt werden, ob und wie die Produktion unter eigener Regie weitergeführt werden kann.

Öffentliches Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales – finanziert durch die Milliarden Gewinne der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden

Es gibt genug zu tun: Im Bildungsbereich oder im Gesundheitswesen fehlen mehrere hunderttausend Fachkräfte. Deutschland leidet auch nicht unter einem Übermaß an Wohnungen, öffentlichen Verkehrsmitteln oder Umweltschutz. In all diesen Bereichen wurden Arbeitsplätze abgebaut, gesellschaftlich sinnvolle Güter werden nicht produziert, Dienstleistungen nicht angeboten.

Doch im Kapitalismus zählt nicht, was für die Allgemeinheit sinnvoll ist, sondern ob damit Profite gemacht werden können. Auch nach dem Lohnverzicht der letzten Jahre und den neuen Billigjobs sind die Unternehmer nicht bereit neue Arbeitsplätze zu schaffen, dazu sind öffentliche Investitionen nötig.

Die SAV schlägt daher ein öffentliches Investitionsprogramm zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen jährlich vor, um gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Verkehr, Umweltschutz und Wohnungsbau zu schaffen.

Finanziert werden muss ein solche Programm durch drastische Steuern auf die Profite der Konzerne. Sie haben in den letzten Jahren Milliarden an Profiten erwirtschaftet und zahlen so gut wie keine Steuern. Durch die Rücknahme der Steuer geschenke an die Unternehmer, die unter den Regierungen Kohl und Schröder erfolgt sind,

durch das Eintreiben der jährlich 80 Milliarden Steuerhinterziehung, durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre die Finanzierung dieses Investitionsprogramms gesichert.

30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Die Verteilung der vorhandenen beziehungsweise notwendigen Arbeit auf alle – das ist die einzige Alternative zu Massenarbeitslosigkeit auf der einen und Überstundenwahnsinn auf der anderen Seite. Gesamtgesellschaftlich bedeutet die Massenerwerbslosigkeit eine enorme Verschwendung. Deren direkte Kosten – Ausgaben und Mindereinnahmen für die Bundesagentur für Arbeit, für Bund, Länder und Gemeinden, sowie für Sozialversicherungen – betragen verschiedenen Berechnungen zufolge jährlich rund 80 bis 100 Milliarden Euro. Der Gesellschaft geht durch die massenhafte Erwerbslosigkeit ein riesiges Potenzial an Fähigkeiten und Kreativität verloren.

Die gigantischen Produktivitätssteigerungen und der Stand der Technik ermöglichen heute Arbeitszeitverkürzungen auf 30 Stunden als ersten Schritt zu einer weiteren Reduzierung der Arbeitszeit. Und das bei vollem Lohn- und Personalausgleich – angesichts des gesamtgesellschaftlich gestiegenen Reichtums.

Für vollen Personalausgleich!

Den Befürwortern einer Arbeitszeitverkürzung halten die Unternehmer und ihre Ideologen entgegen, die in den achtziger Jahren erkämpfte Verkürzung der Arbeitszeiten habe nicht zu sinkender Erwerbslosigkeit geführt. Zum einen ignoriert diese Argumentation die strukturelle Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, die sich seit Mitte der 70er Jahre in einer Phase der Stagnation und Rezession befindet, und die strukturelle Erwerbslosigkeit schubweise vergrößert. Zum anderen stimmt sie auch faktisch nicht. So war die Phase der Umsetzung der 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Metall-, Elektro- und Druckindustrie 1986 bis 91 die einzige, in der die Erwerbslosigkeit seit 1974 stagnierte oder gar sank.

Dennoch haben auch viele Beschäftigte die in den Achtzigern erfolgte Arbeitszeitverkürzung in nicht allzu positiver Erinnerung. Denn die Unternehmer nutzten die in kleinen Schritten vollzogene und mit Ausnahmeregelungen versehene Arbeitszeitverkürzung, um Rationalisierung und Leistungsverdichtung in den Betrieben durchzusetzen. Die Beschäftigten mussten in der verkürzten Zeit oftmals dieselbe Arbeitsleistung hervorbringen. Es gilt, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Um zu verhindern, dass die Unternehmer Arbeitszeitverkürzung nutzen, um den Arbeitsdruck zu erhöhen, muss diese in großen Schritten erfolgen. Wird die 30-Stunden-Woche sofort und in allen Bereichen eingeführt, sind die Unternehmer gezwungen, ihren Personalbedarf durch Neueinstellungen zu decken.

Voller Personalausgleich, der die Unternehmer dazu zwingt, die verkürzte Arbeitszeit zu 100 Prozent durch Neueinstellungen auszugleichen, muss zusammen mit der Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden. Re-

gelmäßig anfallende Überstunden gehören konsequent abgelehnt und durch Neueinstellungen ersetzt.

Ein solches Programm radikaler Umverteilung der notwendigen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen, zusammen mit einem öffentlichen Investitionsprogramm in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales könnte allen, die arbeiten können und wollen, eine auskömmliche Beschäftigung garantieren.

Für vollen Lohnausgleich

Die Frage der Arbeitszeit ist ebenso wie die Lohnfrage eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit um den von den Beschäftigten erwirtschafteten Reichtum. Mit dem Lohn bekommt der/die ArbeiterIn nicht den Gegenwert der von ihm/ihr geschaffenen Werte bezahlt, sondern deutlich weniger. Einen Teil seiner Arbeitszeit arbeitet der/die Lohnabhängige faktisch unentgeltlich für den Mehrwert des Kapitalisten. Die Auseinandersetzung zwischen ihnen dreht sich um die Länge dieser regelmäßig unbezahlten Arbeitszeit. Wenn die Unternehmer schreien, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung seien „nicht finanzierbar“, meinen sie: „Stört uns nicht beim Klauen!“

Jede Arbeitszeitverkürzung muss mit vollem Lohnausgleich einhergehen! Die Produktivität wächst ständig. Wenn die Löhne nicht entsprechend erhöht oder die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden, bedeutet das Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Unternehmer. In den letzten Jahren war das der Fall. Diesen Trend gilt es durch entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf umzukehren!

Mindestsicherung von 750 Euro netto plus Warmmiete in Ost wie West – Mindestlohn von 2.000 Euro brutto im Monat für einen Vollzeitbeschäftigten beziehungsweise 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde – Gleicher Lohn in Ost wie West

Zwei oder drei Euro im privaten Sicherheitsdienst oder als Friseur im Osten – nach unten gibt es bald keine Grenzen mehr. Die Gewerkschaften sollten sich für eine vernünftige Mindestsicherung für alle stark machen. Angesichts von Teuro und Mietwucher ist ein Betrag von 750 Euro netto plus Warmmiete nötig. Für Vollzeitbeschäftigte sollte ein Mindestlohn von brutto 2.000 Euro im Monat gelten. Würde der DGB offensiv für solche Forderungen eintreten, könnten Beschäftigte und Erwerbslose für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden.

Wer entlässt oder Betriebe schließt, wird enteignet

Wenn die Unternehmer wegziehen oder entlassen wollen, bitteschön, dann sollen sie gehen, aber das von uns erwirtschaftete Kapital und die von uns geschaffenen Anlagen bleiben hier! Die SAV fordert die Enteignung bei Betriebsschließung und Entlassungen. Entschädigung soll es aber nur bei erwiesener Bedürftigkeit oder für Kleinaktionäre geben. Wir wollen keinen kleinen

Handwerksmeister ins Elend stürzen, die Familie Quandt mit ihren Milliardenbesitz wollen wir hingegen nicht entschädigen.

Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum

Das kapitalistische System ist nicht nur ein zutiefst ungerechtes, sondern in erster Linie ein krisenhaftes System, das uns heute keine Zukunft bietet. Es geht nicht nur um die Verteilungsfrage. Konfrontiert mit Massenentlassungen und Werkschließungen zeigt sich, dass es vielmehr um die Eigentumsfrage geht. So lange nur eine kleine Minderheit über die Produktionsmittel verfügt, wird diese die Wirtschaft kontrollieren und sich an ihren Profitinteressen orientieren. Diese Produktionsmittel müssen von den Beschäftigten selber wirksam kontrolliert werden. Man kann aber nur das kontrollieren,

was einem auch gehört.

Die Überführung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der arbeitenden Menschen, gibt uns die Möglichkeit, die Wirtschaft demokratisch im Interesse der Menschen und der Umwelt zu planen. Wir hätten die Möglichkeit, zum ersten Mal die Wirtschaft an den Bedürfnissen der großen Mehrheit und nicht am Profit einer Minderheit zu orientieren. Verantwortliche in der Wirtschaft müssten auf allen Ebenen wähl- und abwählbar sein und dürften nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Die Milliarden öffentlicher Gelder, die sonst den Unternehmern hinterher geschmissen werden, könnten eingesetzt werden, um gesellschaftlich wichtige Aufgaben zu erfüllen, wie massive Investitionen in Umwelt, Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau.



ArbeiterInnen können es besser

Die Arbeiterklasse wurde schon oft totgesagt. Aber Totgesagte leben bekanntlich länger. Das musste auch das bürgerliche Establishment in Frankreich in diesem Sommer schmerzlich erfahren.

In Frankreich wehren sich die Beschäftigten der Energieunternehmen gegen Privatisierungsmaßnahmen mit ungewöhnlichen Mitteln. Als moderne Robin Hoods stellten sie im Elysee-Präsidentenpalast und im Privathaus von Premier Jean-Pierre Raffarin den Strom ab, während sie gleichzeitig 250.000 Haushalten, denen der Saft von oben wegen ausstehender Bezahlung der Stromrechnungen abgeschaltet worden war, auf eigene Faust wieder Strom lieferten. Laut Umfragen gewannen sie damit die Unterstützung von 59 Prozent der Bevölkerung.

Arbeiterklasse

Die Ereignisse in Frankreich geben eine Ahnung davon, welche potenzielle Kraft die Arbeiterklasse besitzt. Zahlenmäßig ist sie international stärker

denn je zuvor - auch wenn in den letzten 30 Jahren Millionen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Schließlich zählen alle diejenigen zur Klasse der Lohnabhängigen, die gezwungen sind, ihre „Ware“ Arbeitskraft auf dem „Markt“ zu verkaufen.

Während das Kleinbürgertum (ob Bauern, Handwerker oder kleine Selbstständige) im Nachkriegsaufschwung sowohl in den führenden Industrienationen als auch in den neokolonialen Staaten enorm zurückgegangen ist, wuchs die Arbeiterklasse entsprechend an. Gleichzeitig wurde die Arbeiterbewegung in den neunziger Jahren allerdings politisch und organisatorisch geschwächt. Damit sank auch das Vertrauen in die eigene Kraft.

In jüngster Zeit konnte die Arbeiterklasse immerhin andeuten, wer den gesamten gesellschaftlichen Reichtum schafft und wer das öffentliche Leben in Gang hält.

Nach den Rückschlägen im vergangenen Jahrzehnt meldete sich die europäische Arbeiterklasse in den



letzten Jahren eindrucksvoll zurück. Nach einer Serie von Streiks und Generalstreiks in Süd-europa offenbarten auch Arbeitsniederlegungen in Nordeuropa, dass es nicht die Sesselfurzer in den Chefetagen und in den Parlamenten sind, von denen die Produktion abhängt, sondern diejenigen, die an den Drehbänken oder an den Fließbändern stehen.

Was bereits wenige streikende ArbeiterInnen bewirken können zeigte der Streik auf drei norwegischen Ölplattformen im Juni. Die Arbeitsverweigerung von 200 Beschäftigten führte zum Produktionsausfall von knapp 400.000 Barrel Öl pro Tag. Nur ein von oben angeordnetes Verbot nach einer Woche, über das sich die Gewerkschaft leider nicht hinwegsetzte, verhinderte in letzter Minute eine massive Einschränkung der Versorgung.

Produktion unter Arbeiterregie

Es ist eine Sache, auf die Wirtschaft Einfluss zu nehmen, indem der Betrieb bestreikt und die Produktion zum Stillstand gebracht wird. Es ist eine andere Sache, die Abläufe eines Werkes, eines Unternehmens oder gar eines ganzen Industriezweiges in die eigenen Hände zu nehmen. Ist die arbeitende Bevölkerung dazu in der Lage, auch diesen Schritt zu tun? Ist die Forderung nach Arbeiterkontrolle und -verwaltung realistisch oder Träumerei?

Die ökonomische Phase von Stagnation und Rezession und die Provokationen der Unternehmer und ihrer politischen Handlanger lassen derzeit Erinnerungen an die siebziger Jahre wach werden – als die kapitalistische Wirtschaft in die erste weltweite synchrone Krise seit 1945 steuerte. Mitte der siebziger Jahre und im Zuge der zweiten internationalen Wirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre kam es zu einer ganzen Reihe von Betriebsbesetzungen und eigenständig aufgestellten alternativen Produktionsplänen. Damals ließen ArbeiterInnen und Angestellte mehrfach aufblitzen, dass sie die Betriebe ohne Unternehmer weiterführen können.

Bei der Firma Arendt in Sersheim bei Stuttgart erstellten KollegInnen ein Konzept zur Aufrechterhaltung des Betriebs und erkämpften sich das Recht, Einblick in alle relevanten wirtschaftlichen und technischen Daten zu erhalten. Bei Heckel in Saarbrücken

und Möninghoff in Hattingen lief die Produktion vorübergehend ohne Zutun der Unternehmer weiter. Bei der Hamburger HDW-Werft erarbeitete der Arbeitskreis „Neue Produkte“ jahrelang Alternativen. Es wurde sogar eine Meerwasserentsalzungsanlage gebaut. Die Besetzung in Hamburg scheiterte wie in den anderen Fällen letztendlich daran, dass die Gewerkschaftsführung die Belegschaft im Stich ließ. Dabei schrie damals alles nach einem Brückenschlag zu der ebenfalls besetzten Weser AG Werft in Bremen und zu anderen HDW-Werken in der Region.

Internationale Beispiele

Kreativität, Ideenreichtum und Organisationsfähigkeit einer Belegschaft zeigten sich gerade im britischen Rüstungsbetrieb Lucas-Aerospace. Als dieser Betrieb Ende der sechziger Jahre vor dem Aus stand, besetzten die Beschäftigten das Werk und entwickelten einen alternativen Produktionsplan.

Zu den Vorschlägen gehörten medizinische Geräte, verbesserte und billigere künstliche Nieren, Wärmepumpen mit hohem Wirkungsgrad und Tiefsee-Forschungsgeräte. Vertrauensleute und Beschäftigte realisierten und erprobten selbstständig Prototypen.

In Frankreich bestreikten und besetzten die KollegInnen der Uhrenfabrik von LIP-Besancon 1973 nicht nur ihren Betrieb, sondern sperren auch ihre Direktoren ein, gründeten Kommissionen für Produktion, Verwaltung und Verkauf, krepelten die Geschäftsabläufe um und bewiesen ein Vierteljahr, dass ein von ArbeiterInnen selbstverwaltetes Unternehmen alles andere als realitätsfern sein muss. Die damalige gaullistische Regierung in Frankreich bezeichnete dieses Projekt als das „gefährlichste aller Wagnisse“ und ließ die Fabrik durch die Bereitschaftspolizei gewaltsam räumen.

Das letztendliche Scheitern dieser Beispiele ist kein Argument gegen Betriebsbesetzungen, sondern für eine Ausdehnung des Widerstandes, für überregionale und internationale Solidaritätskampagnen, für kämpferische Gewerkschaften und für den Aufbau von Arbeiterparteien, die solche Kämpfe mit dem Kampf um eine sozialistische Gesellschaft verbinden.

Jetzt Spenden für die SAV und den Widerstand gegen Sozialkahlschlag!

Im Gegensatz zu CDU/CSU, SPD, FDP oder den Grünen erhalten wir kein Geld von irgendwelchen Bonzen und Konzernen. Wir finanzieren uns ausschließlich durch die Spenden von Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen und durch unsere Mitglieder. Je mehr Geld wir haben, desto mehr können wir dem Kapitalismus einheizen.

Sozialistische Alternative - SAV
Konto: 2500 59 430
bei der Postbank Essen (BLZ 360 100 43)

Mach mit bei der SAV!

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Telefon/Email

Abgeben am Infostand der SAV oder senden an:

Sozialistische Alternative - SAV
Littenstraße 106/107 – 10179 Berlin

Was will die SAV?

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise reißt Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettkampf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Reichen werden reicher – weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust. Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

Widerstand

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat diesen Widerstand aufgenommen. Millionen haben die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ in den letzten Jahren rund um den Globus getragen. Die SAV ist Teil dieser Bewegung und baut sie mit auf. SAV-Mitglieder sind aktiv bei Attac, Widerstand international! und anderen Strukturen der Bewegung.

Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

Neue Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben, statt dessen werden die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheitswesen) demontiert und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind. Die PDS akzeptiert die

Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung. Heute hat die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen) keine Massenpartei, die ihre politische Interessenvertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

SAV und CWI

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der SAV. Die SAV ist anders als andere Parteien. Wir sind demokratisch aufgebaut. Keine gewählte Vertreterin, kein gewählter Vertreter (Vorstandsmitglied, AbgeordneteR) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit.

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale, das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt.

SAV

Sozialistische Alternative

Infos unter: Tel. (030)
24 72 38 02 – Fax:
(030) 24 72 38 04
www.sozialismus.info
info@sav-online.de